

Bundesregierung

Große Koalition bleibt noch viel schuldig

Nach 100 Tagen Bundesregierung von CDU und SPD ist viel Ernüchterung eingeleitet. Während sich für einige energiepolitische Maßnahmen Zustimmung abzeichnet, fällt das Klimaschutzeuergnis der Koalition schlecht aus.



Karsten Wiedemann

„**Verantwortung für Deutschland**“ wollte die Koalition aus CDU und SPD übernehmen, als sie am 6. Mai die Regierungsgeschäfte übernahm. Reichlich Geld für ihre Vorhaben hatte sie sich vorab mit der Reform der **Schuldenbremse** und dem **Milliardenfonds** für **Infrastruktur** gesichert. Doch was hat Schwarz-Rot nach 100 Tagen erreicht? Zeit, eine erste **energie- und klimapolitische Leistungsbilanz** zu ziehen:

Die fällt sehr unterschiedlich aus. **Leonard Birnbaum** etwa, Vorstandschef des Energieversorgers **Eon**, sieht die ersten Monate der Koalition positiv. „Sehr wichtig ist das Bekenntnis zu einer **effektiveren und effizienten** Energiewende, also nicht um jeden Preis“, sagte Birnbaum bei der Vorstellung der Halbjahresergebnisse des Konzerns. Es brauche einen **Neustart**, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschland zu stärken.

Birnbaum lobte das von Bundeswirtschaftsministerin **Katherina Reiche** beauftragte **Monitoring** zur Energiewende und sprach sich dafür aus, solche „Realitätschecks“ alle zwei Jahre durchzuführen. Der Energiemanager wirbt, ähnlich wie die Ministerin, für Änderungen bei der **Erneuerbaren-Förderung**, etwa für private **Solardachanlagen**. „Wir sollten keine Technologien mehr fördern, die das gar nicht brauchen“, so Birnbaum.

Ganz anders bewertet **Christoph Bals**, Geschäftsführer der Umweltorganisation **Germanwatch**, die ersten Monate der Regierungsarbeit. „Die Bundesregierung setzt in einer Zeit radikal veränderter geopolitischer, ökologischer und technologischer Rahmenbedingungen zunehmend auf **,alte‘ industrielle Stärke** im Sinn der 90er Jahre“, erklärte er auf Anfrage von Tagesspiegel Background. Das sei eine **Wette auf eine Welt, die es so nicht mehr gibt**. „Die Spannungen

zwischen den USA und China, die weiter **eskalierende Klimakrise**, die Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energien und Batterien sowie die thermodynamischen Vorteile von Wärmepumpen und Elektroautos werden sich nicht einfach in Luft auflösen“, so Bals weiter.

Beide Reaktionen stehen beispielhaft für viele andere Einschätzungen zu den ersten Monaten der neuen Bundesregierung. Während aus der **Energiewirtschaft** durchaus positive Reaktionen kommen - verbunden mit der Aufforderung, nun schnell an die Umsetzung zu gehen - fällt das Echo bei **Klima- und Umweltverbänden** schlecht aus.

Warten auf Kraftwerksstrategie

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Stadtwerkeverbandes **VKU**, weist in einer Mitteilung auf verschiedene Gesetze hin, die Union und SPD bereits auf den Weg gebracht haben und von denen die Energiewirtschaft profitiere. Dazu zählt er die Umsetzung der **Erneuerbaren-Richtlinie RED**

III, die **Beschleunigungsgesetze** für **Wasserstoff** und **Geothermie** oder das **Kohlendioxidspeichergesetz**. Aus Sicht von Liebing widerlegen diese Maßnahmen den Vorwurf, dass die Energiewende gestoppt werden solle.

„Tatsächlich sind wichtige Beschleunigungen für die Transformation auf den Weg gebracht worden“, so Liebing. Kritisch sieht er, dass weiter nicht klar ist, wie es mit der **Wärmewende** weitergeht und dass der Rahmen für die Ausschreibung von neuen **Gaskraftwerken** immer noch fehlt.

Der **BDEW** sieht beim Thema **gesicherte Leistung** ebenfalls „dringenden Handlungsbedarf“. Der Energieverband spricht in Bezug auf den Start der Regierung von **erreichten Zwischenschritten** und hebt neben den beschlossenen Energiegesetzen hervor, dass die Bundesregierung bei der jüngsten **EnWG-Novelle** auf Bedenken der Branche bezüglich zu viel **Bürokratie** eingegangen sei.

„Wichtig ist es nun, hier nicht stehenzubleiben und insbesondere mehr Mut zu entwickeln, Vorgaben aus Europa in Deutschland pragmatisch umzusetzen“, so **Kerstin Andreae**, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des BDEW. In Bezug auf den Monitoring-Prozess betonte sie, dass es wichtig sei, in Zukunft den Ausbau erneuerbarer Energien und des Stromnetzes noch stärker in Einklang bringen.

Kritisch äußerte sich **Simone Peter**, Präsidentin des Erneuerbaren-Verbandes **BEE**. Die schwarz-rote Koalition sei mit großen Ambitionen gestartet, um den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer starken EU wieder voranzubringen, „doch zum Erreichen dieser Ziele ist gerade **energie- und industriepolitisch noch eine Menge zu tun** und vom fossilen Weg abzuweichen“, so Peter. Nötig sei etwa ein neues Strommarktdesign so wie mehr Anreize für Flexibilität. Das Monitoring müsse sich

zudem an realistischen Prämissen ausrichten. Dazu gehöre ein **weiterhin hoher Strombedarf**.

Skepsis gegenüber Monitoring

Die Ergebnisse der beim **EWI Köln** beauftragten Analyse sollen laut Wirtschaftsministerium „Ende des Sommers“ vorliegen. Sollten die Experten von einem geringeren Anstieg des Strombedarfs ausgehen als bisher, könnte dies eine Reduktion der Ausbaupfade für Erneuerbare zur Folge haben. Kritiker fürchten daher ein **Ausbremsen der Energiewende**.

Aus Sicht von **Philipp Godron**, Programmleiter Strom bei **Agora Energiewende**, sendet die Bundesregierung **wenig positive Reaktionen** für den Umbau der Energieversorgung. So sei die **Stromsteuersenkung** für alle ausgeblieben, stattdessen finanziere ausgerechnet der Klima- und Transformationsfonds nun die Gasspeicherumlage. „Jetzt ist es wichtig, dass das anstehende Energiewende-Monitoring die **zentrale Rolle des Ausbaus Erneuerbarer Energien** für langfristig attraktive Strompreise und als Grundlage für eine kosteneffiziente Transformation aller Sektoren berücksichtigt“, so Godron auf Anfrage.

BNE kritisiert Umlagen für Kraftwerke

Auch der **Bundesverband Neue Energiewirtschaft** kritisiert, dass vieles auf eine **Verstetigung der Langsamkeit** wie beim **Smart-Meter-Rollout** oder auf eine Verlangsamung des Ausbaus erneuerbarer Energien hinauslaufe. Anstatt die Stromsteuer breit abzusenken, plane das Bundeswirtschaftsministerium gleich **zwei neue Umlagen**, für die Erdgaskraftwerksförderung sowie einen umfassenden **Kapazitätsmechanismus**. „Nie war das Bundeswirtschaftsministerium weiter von den marktwirtschaftlichen Vorstellungen von Ludwig Erhard entfernt als heute“, hieß es auf Anfrage.

Umwelt- und Klimaexperten warnen davor, dass der neue Kurs von Ministerin Reiche, die Bezahlbarkeit der Energiewende stärker in den Vordergrund zu stellen, dazu führt, dass andere Belange an Bedeutung verlieren. „Debatten über Deutschlands Rolle beim Klimaschutz, den Ausbau fossiler Gaskraftwerke oder **Kürzungen der Wärmepumpen- und Sanierungsförderung** sind nicht nur aus der Zeit gefallen, sondern gefährden auch die wirtschaftliche Stabilität von Zukunftsbranchen und die Resilienz unseres Landes“, erklärte **Sebastian Breer**, Klimaexperte beim **WWF**, auf Anfrage. Anstatt **schädliche Scheindebatten** zu führen, sollte die Bundesregierung ihre **Verantwortung beim Handeln der Klimakrise** ernst nehmen und entschlossen zusätzliche Maßnahmen umsetzen. „Vorhaben wie die Aufweichung des Gebäudeenergiegesetzes oder eine potenzielle

Drosselung des Ausbaus erneuerbarer Energien stehen dazu in klarem Widerspruch", so Breer.

Deutlich wird die **Deutsche Umwelthilfe**. Sie spricht in einer Mitteilung von einer „bitteren“ Bilanz für Umwelt- und Klimaschutz nach 100 Tagen Schwarz-Rot. „Mit einem sogenannten ‚Realitätscheck‘ will Ministerin Reiche den zukünftigen Bedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien künstlich kleinrechnen und betreibt damit **Klientelpolitik erster Güte für die großen Gaskonzerne**“, erklärte **Sascha Müller-Kraenner**, Bundesgeschäftsführer der DUH. Aus Sicht von **Verena Graichen**, Geschäftsführerin Politik beim **BUND**, hat sich die Bundesregierung in den ersten 100 Tagen als „**klimapolitische Rückwärts-Koalition**“ gezeigt. „Wir erwarten, dass die Bundesregierung unser Land auf Klimakurs bringt. Sie muss ein **Klimaschutzprogramm** verabschieden, das endlich die nötigen CO₂-Einsparungen im Verkehr und bei Gebäuden gewährleistet“, so Graichen.

Industrie zeigt sich enttäuscht

Bei Amtsantritt hatte Bundeskanzler **Friedrich Merz** betont, oberstes Ziel der Regierung werde sein, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Bisher ist dies nicht gelungen, wie auch die am Mittwoch vom Bundeswirtschaftsministerin veröffentlichten Konjunkturdaten zeigen. Entsprechend fällt die Einschätzung bei **Industrie- und Wirtschaftsverbänden** zu den ersten 100 Tagen mau aus. „Die Aufbruchstimmung direkt nach der Wahl war gut und wichtig. Doch von einem Aufbruch ist inzwischen immer weniger zu spüren“, erklärte **Thilo Brodtmann**, Hauptgeschäftsführer des Maschinenbauverbandes **VDMA**. In der Energiepolitik brauche es dringend Klarheit, welche Änderungen erfolgen sollen, um für mehr Effizienz zu sorgen, forderte er. „Ziele müssen eine **erfolgreiche Transformation**, höhere Wettbewerbsfähigkeit bei Klimaschutz-Technologien und mehr Resilienz sein.“

Die **Wirtschaftsvereinigung Metalle** zieht es gemischtes Fazit. Der Kabinettsbeschluss zur Senkung der Stromsteuer für Unternehmen sei ein wichtiger Schritt. „Wesentliche weitere Vorhaben wie die **Reduzierung der Netzentgelte**, die Sicherung der **Strompreiskompensation** über 2030 hinaus und die Einführung eines wettbewerbsfähigen Industriestrompreises sind bislang **nicht über die Ankündigung hinausgekommen**“, hieß es von der WV Metalle.

Wenig positiven Widerhall erfährt die Bundesregierung von Ökonomen. In einer aktuellen Umfrage des Münchner **Ifo-Institutes** unter 170 Volkswirten bewerten **42 Prozent** der Befragten die wirtschaftspolitische Bilanz von Schwarz-Rot **negativ**. Der Ausblick fällt ebenfalls durchwachsen aus: 34 Prozent sehen positive Aussichten für die Wirtschaft, 26 bewerten die mittelfristige Entwicklung negativ.